

## Energiewende in Ronnenberg

### Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre energiepolitischen Zielsetzungen für die nächsten 5 Jahre in Ronnenberg festgelegt.

Die jüngsten Preiserhöhungen zeigen, dass eine schnellere Energiewende nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen dringend geboten ist.

Die Kernenergie ist mit den endlichen Uran-Rohstoffvorräten, dem ungelösten Atommüllproblem und der Gefahr radioaktiver Verseuchung keine Alternative. Unter Einbeziehung aller Subventionen ist sie zudem eine viel zu teure Art der Stromerzeugung im Vergleich zu den Erneuerbaren Energien.

Nur eine Energieversorgung mit den drei Pfeilern Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien wird zukunftsfähig und bezahlbar sein.

Mit dem Erneuerbare Energien Gesetz EEG sind auf Bundesebene unter Federführung der GRÜNEN die Grundlagen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen worden. Hinzu kommen etliche Förderprogramme und zinsgünstige Darlehen.

Bei der Umsetzung spielt die örtliche Ebene eine entscheidende Rolle. Beim Neubau eines Einfamilienhauses als Passivhaus

können z. B. bis zu 2.000 Euro jährlich bereits ab dem ersten Jahr gegenüber einem herkömmlichen Bau eingespart werden. Investitionen in Sonnenkollektoren zur Warmwassererwärmung und Heizungsunterstützung haben sich bereits in ein paar Jahren amortisiert. Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung rechnen sich kreditfinanziert ebenfalls ab dem ersten Jahr.

Durch die Mitgliedschaft der Stadt Ronnenberg im proKlima-Fonds von enercity gibt es neben verbilligten Krediten vom Bund auch Fördergelder für energieeinsparende Sanierungen im Altbau.

Die Stadt Ronnenberg organisiert für das Neubaugebiet »Am Wischacker« in Empelde zur Zeit eine vorbildliche Beratung für Bauherren zur energiesparenden Bauweise.

Auf diesem richtigen Weg wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den nächsten Jahren weitergehen. Durch Festlegungen bei neuen Bebauungsplänen und Planänderungen sollen Neubauten im privaten und öffentlichen Bereich grundsätzlich nur noch als Nullenergiekostenhäuser gebaut werden oder einen Großteil ihres Wärme- und Strombedarfes durch den Einsatz erneuerbarer Energien decken. Die Qualität der Bauausführungen muss nachgewiesen werden (u. a. durch Wärmebilder und Winddichtigkeits-tests). Die städtische Mitfinanzierung des proKlima-FONDS

Fortsetzung auf Seite 2 —————>

## Einladung zur Ortsversammlung

Liebe grüne Ronnenbergerinnen,

der Vorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - OV Ronnenberg möchte Euch zunächst schöne Ostertage wünschen: Zeit zum Kraft schöpfen für neue Taten! Diese neue Taten könnten bereits am **Donnerstag, den 20. 4. 2006 um 20:00 Uhr** beginnen, nämlich anlässlich der nächsten Mitgliederversammlung im **Gemeinschaftshaus in Ronnenberg**.

Das Hauptthema wird die Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms sein.

Da wir in der letzten OV nur den Bereich Energie (s. Presserklärung) und einen Teil des Bereichs Soziales verabschiedet haben, müssen wir am 20. April über den noch fehlenden sozialen Teil und den Bereich Umwelt sprechen und abstimmen.

Außerdem informieren wir über den aktuellen Stand der Vorbereitungen zum Sommerfest.

Der Punkt Verschiedenes rundet die Versammlung wie immer ab.



Ortsverband Ronnenberg



Fortsetzung von Seite 1

muss erhalten bleiben. Die Energieberatung für Privathaushalte muss ausgeweitet werden.

GRÜNE unterstützen darüber hinaus Projekte zur regenerativen und dezentralen Energieerzeugung (z. B. Solaranlagen, Biogasanlagen, Windkraftwerke, Blockheizkraftwerke).

Bei Biogasanlagen bedarf es vorab einer genauen Aufklärung über die Art der verwendeten Biomasse und möglicher Geruchsbelästigungen und über Folgen des Anbaus der Biomasse.

Die Stadt Ronnenberg soll in Ihrem eigenen Bereich ihre Aktivitäten zur Energieeinsparung und damit Kostenreduzierung verstärken. Unter anderem durch die Ausweitung der Energieeinsparmaßnahmen in allen Gebäuden der Stadt (Wärmedämmmaßnahmen, Fensteraustausch, Lichtsanierung). Zu einem energieoptimierten Gebäudemanagement gehört auch die kontinuierliche Information und Weiterbildung der städtischen MitarbeiterInnen und ein Anreizsystem für energiesparendes Verhalten der Nutzer.

Die städtische Energie- und Wasserversorgungsgesellschaft EWA soll ihr Engage-

ment in der Solarstromerzeugung ausbauen und als Energiedienstleister (Contractor/ Finanzierer für Energiesparmaßnahmen in den städtischen Gebäuden aktiv werden. Durch die Kosteneinsparungen und die Gewinne daraus profitieren sowohl die Stadt, also alle Einwohner als auch die EWA-Kunden.

Jens Williges  
[www.gruene-ronnenberg.de](http://www.gruene-ronnenberg.de)

## Tschernobyl mahnt: (Lese auch auf Seite 6)

### Warum ist Atomkraft immer noch keine Lösung?

#### 1. Die Gefahren haben nicht ab-, sondern zugenommen

Die Reaktoren sind um 20 Jahre gealtert, ihre Hüllen geschwächt. Und internationale Terroristen könnten in den Besitz radioaktiven Materials kommen – außerdem würde kein Kernkraftwerk den Einschlag eines gekaperten Passagierflugzeugs unbeschadet überstehen.

#### 2. Die Atomenergie ist ein Milliardengrab

Trotz Jahrzehnte langer Förderung mit Milliarden ist die Atomenergie bis heute ohne staatliche Hilfe nicht wettbewerbsfähig – selbst wenn die AKW-Laufzeiten verlängert werden.

#### 3. Atomenergie hilft dem Klimaschutz kein bisschen

AKWs leisten heute 2,5 Prozent der weltweiten Energieversorgung. Wenn die Atomkraft einen höheren Anteil abdecken sollte, müssten tausende neuer AKWs gebaut werden – allein in Deutschland 50–70. Das würden die weltweiten Uranvorräte aber gar nicht abdecken. Und dass AKWs CO<sub>2</sub>-frei arbeiten, ist leider auch ein Märchen.

#### 4. Wer will den Atommüll?

Bis heute gibt es kein Konzept zur Entsorgung von radioaktivem Abfall. Müll, der viele Generationen lang eine Gefahr darstellen wird, wird »zwischengelagert«, weil niemand ihn haben will und es auch keinen letztlich sicheren Ort für ihn gibt.

#### 5. Atomkraft stirbt aus

Von den weltweit 440 Atomkraftwerken werden in den nächsten zehn Jahren so viele altersbedingt abgeschaltet, dass zum Ausgleich 80 neue Reaktoren gebaut werden müssten. Aber an mehr als der Hälfte der weltweit in Bau befindlichen AKWs wird seit etwa 20 Jahren »gebaut«. Seit 30 Jahren wurden in den USA, seit 20 Jahren in Deutschland und Großbritannien keine neuen Meiler errichtet. Selbst die Internationale Energieagentur geht davon aus, dass der Beitrag der Kernkraft zur weltweiten Stromerzeugung in den nächsten Jahren sinkt.

#### 6. Nur ein abgeschaltetes AKW hilft wirklich

Die Energiewende kann die Energieprobleme der Zukunft lösen. Durch Effizienz, Einsparung und erneuerbare Energien. Das macht unser Land unabhängig von veralteten Energieträgern wie Uran, Kohle und Erdöl – und schafft Arbeitsplätze durch den Ausbau von Know-how in der Energieversorgung von morgen. Das hilft dem Klimaschutz, und vor allem ist jedes abgeschaltete Atomkraftwerk ein Beitrag für mehr Sicherheit – bei uns und unseren Nachbarn.

## T E R M I N E

### Die nächsten Ortsversammlungen:

**20. 04. 2006** in Ronnenberg,  
im Gem.-Haus,  
20:00 Uhr

**05. 05. 06** in Empelde,  
(Kandidaten- Op de Deel,  
kür!) 20:00 Uhr

### Der Arbeitskreis Benthe:

Mittwoch, **19. 04. und 10. 5. 2006**  
jeweils **20:00 Uhr** in der Gaststätte  
Carthus, Steinweg 10 in Benthe.

### Nächste Vorstandssitzung:

**19. 04. 2006**, 20:00 Uhr  
bei Regina Lupp in Empelde,  
Kirchkamp 7

### Der Vorstand ist zu erreichen unter:

Verena Kuhn,	Tel. 0511 466863
Andreas Beichler	Tel. 0511 461130
Regina Lupp	Tel. 0511 433164
Ruth Wenzel	Tel. 05108 6528
Annette	
Friedrich	Tel. 0511 818585
Anne Wetzel	Tel. 0511 9466410

### LAG Schule

Veranstaltung am 19. Mai 2006 von  
15:00 Uhr –18:00 Uhr in der Üstra-  
Remise in Hannover »Konzept für die  
Anhörung Basisschule«.

Unter anderen werden folgende Frage-  
stellungen behandelt:

Was sind die Herausforderungen,  
und wie soll sich die Schule in den  
nächsten 10 Jahren entwickeln?

Welche Chancen sehen Sie in dem  
Konzept »Basisschule Niedersachsen«?  
Welche Änderungsvorschläge gibt es  
für das Konzept?



## Gegen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse – die schwarz-gelbe Schulstrukturreform

Wie aus dem Schulentwicklungsplan der Stadt Ronnenberg für das Schuljahr 2005/2006 zu entnehmen ist, entscheiden sich immer mehr Eltern gegen eine Schullaufbahneempfehlung, wonach ihr Kind die Haupt- oder Realschule besuchen müsste. Dieser Schritt vieler Eltern ist nachvollziehbar und hat seine Gründe in einer verfehlten Schulpolitik der CDU/FDP-Landesregierung. Seit dem Beginn des Schuljahres 2004/2005 wird die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in das dreigliedrige Schulsystem bereits nach Klasse 4 vorgenommen. Im Alter von 10–11 Jahren wird damit bereits über die Bildungschancen der niedersächsischen Kinder entschieden. CDU und FDP tun das Gegenteil von dem, was Erziehungswissenschaft und Lernforschung empfehlen und was die bei der internationalen Schulleistungsstudie »PISA« erfolgreichen Länder praktizieren: Möglichst langes gemeinsames Lernen mit individueller Förderung! Die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung IGLU hat gezeigt, dass die großen Probleme unseres Schulwesens erst nach der Grundschule anfangen; bis dahin liegen unsere

Kinder noch mit den bei PISA wesentlich erfolgreicherer Ländern gleichauf.

### Auf Kosten der Kinder

Die PISA-Studie hat deutlich gemacht: In keinem anderen europäischen Land entscheidet die soziale Herkunft so stark über die Bildungschancen wie in Deutschland. Für Kinder aus bildungsnahen Schichten ist die Chance ein Gymnasium zu besuchen fast 8-mal höher als für Facharbeiterkinder. 10% der Schülerinnen und Schüler werden im Laufe ihrer Schullaufbahn mindestens einmal abgeschult; 30% bleiben mindestens einmal sitzen. Mehr als 10% verlassen die Schule gänzlich ohne Abschluss. Das ist die höchste Quote aller deutschen Flächenländer. Diese Ergebnisse, die nach dem Durchlaufen einer zweijährigen Orientierungsstufe erhoben wurden, werden sich voraussichtlich mit der Selektion nach der Grundschule noch wesentlich verschärfen: Der Leistungsdruck in der Grundschule wächst, soziale Herkunft entscheidet noch stärker über die Bildungs-

chancen. Die demotivierende Erfahrung des Misserfolgs, weil am Ende des 4. Schuljahres keine Gymnasialempfehlung steht oder weil das Kind bereits in der 5. Klasse gesagt bekommt »Du gehörst nicht hierher« wird früher und stärker erlebt.

Die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, die der Kultusminister so gerne im Munde führt, funktioniert bei seiner Politik nur »nach unten«: Für Haupt-, Realschulen und Gymnasien wurden im Schulgesetz jeweils unterschiedliche Bildungsaufträge formuliert. Die Kooperative Haupt- und Realschule wurde kurzerhand aus dem Gesetz gestrichen. Die Hauptschule wird entgegen anders lautenden Absichtserklärungen zur »Restschule« degradiert, in der individuelle Förderung als Bedingung für einen Wechsel in die Realschule nicht stattfindet. Mit dem generellen Abitur nach Klasse 12 werden Leistungsanforderungen und Wochenstunden in den Klassen 5-10 an Gymnasien so erhöht, dass ein Übergang aus der Realschule, geschweige denn aus der Hauptschule kaum mehr möglich ist.

*Andreas Beichler*

R e g i o n s v e r b a n d   H a n n o v e r

## Einladung

zur Mitglieder- und Wahlversammlung  
am **Samstag, 22. April 2006, 11:00 Uhr–18:00 Uhr**

**im Freizeitheim Ricklingen, Fritz-Haake-Saal, Ricklinger Stadtweg 1.**

Hauptthemen werden die Verabschiedung des Regionswahlprogramms sowie die Wahlen der grünen Kandidatinnen zur Kommunalwahl 2006 für die Regionsversammlung sein.  
(14 Wahlkreise)

*Die Wahlen finden nach dem Wahlgesetz geheim statt. Wahlberechtigt sind die im Wahlgebiet (Region Hannover) wahlberechtigten Deutschen und EU-Bürger, die Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind.*

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

Nachrichtlich Herr Dieter Schur / Herr Manfred Bohr

**Gentechnik in der Landwirtschaft**  
**Antrag der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen stellt nach der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Ronnenberg folgenden Antrag:

**Bei Neuverpachtungen städtischer landwirtschaftlicher Flächen oder bei Verlängerung bestehender Pachtverträge werden die Pächterinnen und Pächter verpflichtet, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten.**

**Die Stadt Ronnenberg informiert in geeigneter Form alle im Stadtgebiet wirtschaftenden Landwirte und privaten Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen im Stadtgebiet über die Risiken gentechnisch veränderter Saatgutes und dessen Anbau.**

**Die Verwaltung der Stadt Ronnenberg wendet sich an alle in ihrem Stadtgebiet wirtschaftenden Landwirte und privaten Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen im Stadtgebiet mit der Aufforderung, eine »Gentechnikfreie Region Ronnenberg« einzurichten. Die Verwaltung wird die Landwirte hierbei unterstützen.**

**Der Antrag ist bis Ende diesen Jahres umzusetzen.**

Begründung:

Zu 1.

Eine deutliche Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung steht nach wie vor Lebensmitteln kritisch gegenüber, bei deren Produktion gentechnische Methoden angewandt wurden. Dennoch wird derzeit mit zahlreichen Nutzpflanzenarten gentechnisch experimentiert. Auch ist zu befürchten, dass in den nächsten Jahren durch den großflächigen Anbau von transgenem Raps und Mais eine qualitativ neue Stufe in der Kommerzialisierung der Gentechnik erreicht werden wird.

## Antrag wird erneut gestellt!

**Die Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Ronnenberger Rat wird den nebenstehenden Antrag vom April 2004 erneut stellen.**

Anfang Februar 2005 ist der erste Teil des neuen Gentechnikgesetzes in Kraft getreten. Das Gentechnikgesetz setzt eine EU-Richtlinie in nationales Recht um und ermöglicht den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auch in Deutschland. Die neue Regierung hat angekündigt, das Gesetz zu revidieren - mit dem Ziel, Forschung und Anwendung der Gentechnik zu fördern. Hier hat, wie so oft, die Lobby der Agra- und Gentechnikkonzerne wieder ganze Arbeit geleistet.

Wie auch immer: Die Koexistenz der verschiedenen Anbauformen muss gesichert und Naturschutzgebiete vor der Gentechnik geschützt werden. Das bedeutet vor allem: Garantiert gentechnikfreie Landwirtschaft muss weiterhin möglich bleiben.

Nach EU-Recht ist die Einrichtung Gentechnikfreier Regionen zur Zeit die einzige Möglichkeit, großräumig gentechnikfreie Gebiete zu schaffen.

### Verträge unter Nachbarn

Generell gilt: Allen Bäuerinnen und Bauern steht es frei, sich mit ihren Nachbarn auf die Einrichtung einer gentechnikfreien Region zu verständigen. Landwirte können sich freiwillig gegenseitig dazu verpflichten, auf den von ihnen bewirtschafteten Flächen keine gentechnisch veränderten Organismen einzusetzen.

Um der freiwillig getroffenen Vereinbarung einen rechtlichen Rahmen zu geben, bietet es sich an, einen Vertrag zu schließen. Vertragspartner sind dabei diejenigen Bauern und Bäuerinnen, die in einer Region gemeinsam wirtschaften, aber auch Verpächter landwirtschaftlicher Flächen. Wichtig ist, möglichst alle Bauern der Umgebung von den Vorteilen einer gentechnikfreien Region zu überzeugen, um auf diese Weise zusammenhängende Flächen zu erhalten.

Um diesen Prozess wenigstens bedingt aufzuhalten, sollte die Stadt Ronnenberg dafür sorgen, dass zumindest auf den städtischen landwirtschaftlich genutzten Flächen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden.

Es ist nach wie vor nicht ausgeschlossen, dass gentechnisch manipulierte Organismen für Menschen, Tiere und Pflanzen ein erhebliches Risiko in sich bergen.

Befürchtet werden u.a. die Zunahme neuer Allergien sowie ein erhöhtes Gefahrenpotenzial für Allergiker.

Der geplante Einsatz von Antibiotikaresistenzgenen als sog. Markergene, kann sich dahingehend auswirken, dass Krankheitserreger zunehmend Resistenzen entfalten und damit wichtige Antibiotika zur Behandlung lebensbedrohender Krankheiten unwirksam werden.

Es ist weiter zu befürchten, dass durch gentechnische Veränderung eines Lebensmittels auch andere Eigenschaften ungewollt und unbemerkt verändert werden. Außerdem ist die Erzeugung der von der Mehrheit der Bevölkerung gewünschten gentechnikfreien Lebensmittel durch Kontamination aus dem Gentechnikanbau akut gefährdet. Solange keine Gefährdung ausgeschlossen werden kann, hat die öffentliche Hand hier nach dem Vorsorgeprinzip zu verfahren.

Zu 2.

Das Ziel der Informationen über die Risiken der Gentechnik in der Landwirtschaft sollte sein, Landwirte aufzufordern, auf den Anbau von gentechnisch manipulierten Pflanzen zu verzichten.

Zu 3.

Da die Auswirkungen transgener Pflanzen nicht auf die Anbaufläche beschränkt sind, sondern gentechnisch veränderte Pflanzen insbesondere durch Pollenflug und Insektenbestäubung weit verbreitet werden können, ist es wichtig, große zusammenhängende Flächen von gentechnisch veränderten Pflanzen frei zu halten.

Zu 4.

Da die Markteinführung mehrerer gentechnisch veränderter Pflanzensorten und Sorten kurz bevor steht, ist kurzfristig Handlungsbedarf geboten.

Dieter Albrecht  
(Fraktionsvorsitzender)



Infoveranstaltung zu Biogasanlagen am 24. April 2006 in Gehrden

# Biogasanlagen in Ronnenberg und Gehrden: Grüne fordern gentechnikfreien Anbau

In Gehrden-Lenthe befindet sich die erste genehmigte Biogasanlage im Bau. Für eine weitere Anlage in der Flur »Wietfeld« wurde die Aufstellung eines Bebauungsplans beantragt. In der Gemarkung Ronnenberg, nahe der Gemeindegrenze zu Gehrden, beabsichtigt ein dritter Landwirt ebenfalls die Errichtung einer Biogasanlage. Und es gibt weitere Landwirte, die ebenfalls Interesse bekundet haben.

BÜNDNIS /DIE GRÜNEN begrüßen grundsätzlich Biogasanlagen als erneuerbare Energiequelle, die einen wesentlichen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung leisten. Außerdem tragen sie zur Erhaltung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes bei. Die Zustimmung für den Betrieb einer solchen Anlage knüpfen wir allerdings an folgende Bedingungen:

- Die Produktion der Pflanzenstoffe für die Beschickung der Biogasanlagen muss gentechnikfrei erfolgen,
- der Pestizideinsatz muss auf ein Minimum reduziert sein,
- die Anlagen sollten nicht nur Strom erzeugen; sie sollten zudem die Motorenwärme zur Deckung des Wärme- und Brauchwasserbedarfs umliegender Gebäude nutzen (Kraft-Wärme-Kopplung)
- eine weitere ökologische Verarmung der Feldflur darf es nicht geben.

Am 24. April 2006 findet in Gehrden in der Festhalle »Am Castrum« um 18:00 Uhr eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema »Biogasanlagen« statt. Es wird Vorträge des Nds. Landvolk, Geo-Net, Gewerbeaufsicht, TÜV-Nord, Region Hannover sowie der Vorhabensträger geben. Also eine hochkarätig besetzte Veranstaltung, die viele aktuelle Informationen rund um das Thema Biogasanlagen verspricht.

### Biogas aus Energiepflanzen

Analog zur Verwendung von Holz in Biomasseheizkraftwerken werden vermehrt Pflanzen gezielt zur Vergärung in Biogasanlagen, d.h. zur Produktion von Biogas angebaut. Dies können im Prinzip alle ackerbaulich genutzten Früchte oder Gras sein. Aktuell (2004) ist die Nutzung von Mais, Getreide (Acker) und Gras (Wiese) am weitesten verbreitet.

Zur Abschätzung der Nutzung für die Stromproduktion:

1 ha Mais = ca. 2 kW elektr. Dauerleistung  
 1 ha Getreide = ca. 1,5 kW  
 1 ha Gras = ca. 1 kW  
 Gülle von 1 Kuh = ca. 0,15 kW

Beispiel: Mit der Gülle von 4 Kühen bzw. von 32 Schweinen oder mit dem Ertrag von 6.000 Quadratmeter Silomaisfläche könnte man genügend Biogas herstellen, um einen Vier-Personen-Haushalt mit Strom zu versorgen.

## Biogas in Deutschland

In Deutschland gibt es inzwischen ca. 2700 Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Leistung von 650 MW. Im Jahr 2005 wurden 3200 GWh Strom erzeugt, das entspricht 0,5 % des Gesamtstromverbrauchs in Deutschland. Damit wird jährlich die Emission von 2,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermieden. Allein für Niedersachsen wird das Potential auf mindestens 1.500 Anlagen geschätzt, die zusammen mit 2,6 Milliarden kWh mindestens 5 Prozent des Gesamtstromverbrauches in Niedersachsen decken könnte.

Aufgrund der Unabhängigkeit von Wind oder Sonneneinstrahlung trägt die Biomasse und damit auch Biogas sinnvoll dazu bei, eine Ergänzung im Energiemix der Erneuerbaren Energieträger einzunehmen.

### Aktuelle Angebote

**Olivenöl aus Palästina,**  
500 mL,  
4,40 Euro.

**Bio-Honig aus Kuba,**  
500 Gramm-Glas  
4,00 Euro.

**Bio-Darjeeling (Blatt)**  
100 Gramm,  
3,00 Euro.



**Ronnenberg**  
Kirchtor 5

→ Dritte Welt,  
→ Frieden und  
→ Ökologie e.V.

**Sonnenblume – Laden für**

Öffnungszeiten:  
Montags bis Freitags von  
10:00 Uhr bis 12:00 Uhr und  
16:00 Uhr bis 18:00 Uhr  
Mittwochs nur Vormittags



Grüne stellen Antrag

## Grüne wollen Garantien auf Schadstoff-freiheit von Lieferanten der Stadtküche!

### Antrag zur nächsten Ratssitzung

GRÜNE Fraktion c/o Dieter Albrecht, Am Kirchkamp 7, 30952 Ronnenberg

In einem von Greenpeace durchgeführten Test von Obst und Gemüse auf Pestizidrückstände wurden insgesamt 35 Wirkstoffe nachgewiesen. Davon sind sieben (Diethofencarb, Endosulfan, Methomyl, Cypermethrin, Vinclozolin, Pyriproxyfen, Procymidon) in Deutschland für keinerlei Anwendung im Pflanzenschutz zugelassen. Diese Wirkstoffe wurden dennoch in deutschen Gemüsen wie Tomaten, Kopfsalat und Gurken aus dem Angebot von tegut, Edeka, Lidl, Tengelmann und Rewe festgestellt. Unter den gefundenen, nicht zugelassenen Pestizidwirkstoffen befinden sich auch solche, die für die menschliche Gesundheit besonders gefährlich sind. Mehrere sind krebserregend, nervengiftig oder es besteht der Verdacht auf hormonelle Wirksamkeit. Aus diesem Untersuchungsergebnis wird deutlich, wie wenig man sich auf Zertifizierungs-Garantien von Lieferanten von herkömmlich angebautem Obst und Gemüse verlassen kann. Als Konsequenz aus diesen Untersuchungsergebnissen fordern wir die Verwaltung der Stadt Ronnenberg auf:

1. Zweifelsfreie und gerichtsverwertbare Garantien auf Schadstofffreiheit der Lieferanten der Stadtküche einzufordern – diese Garantie sollte auch eine Gentechnikfreiheit der Produkte einschließen,
2. nur Obst, Gemüse und wenn möglich weitere Produkte aus ökologischer Landwirtschaft in der Stadtküche zu verarbeiten,
3. zu prüfen, ob auch die Krankenkassen sich im Rahmen von §20 SGB V an den Kosten beteiligen, denn gesundes, gutes Essen dient der vorteilhaften Entwicklung unserer Kinder und beugt Krankheiten vor.
4. Die ErzieherInnen sollten ein entsprechendes Hinweisblatt/ Anweisung erhalten. Beim Frühstückstag kaufen diese mit den Kindern ein und sollten dann bestimmte Produkte nicht kaufen.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Albrecht

Fraktionsvorsitzender

20 Jahre Tschernobyl

## Grüne stellen neue Studie über die wahren Folgen von Tschernobyl vor

Die grüne Europaabgeordnete Rebecca Harms präsentierte heute in Hannover auf Einladung der Landesvorsitzenden Dr. Susanne Leifheit für den Landesvorstand einen neuen Bericht über die verheerenden und noch immer andauernden Auswirkungen des Super-GAU in Tschernobyl, der sich am 26. April vor 20 Jahren ereignete. Der Bericht, der von zwei führenden britischen Wissenschaftlern (Ian Fairlie PhD und David Sumner Dphil) im Auftrag der grünen Europa-Abgeordneten Rebecca Harms geschrieben wurde, beschreibt objektiv die aktuellen und zukünftigen Folgen des Desasters, nicht nur in den Nachbarstaaten, sondern weltweit und vor allem in Westeuropa.

Der andere Bericht über Tschernobyl' (TORCH - The Other Report on Chernobyl) kommt zu folgenden wichtigen Schlussfolgerungen (1):

- **Belarus, die Ukraine und Russland wurden stark kontaminiert, mehr als die Hälfte des nuklearen Niederschlags von Tschernobyl ging jedoch außerhalb dieser Länder nieder**

- **der radioaktive Niederschlag von Tschernobyl verstrahlte ca. 40 % der Fläche Europas**
- **etwa 2/3 der Kollektivdosis von Tschernobyl wurden auf die Bevölkerung außerhalb von Weißrussland, der Ukraine und Russland verteilt, insbesondere auf Westeuropa**
- **es ist weltweit mit etwa 30.000 bis 60.000 zusätzlichen Todesfällen durch Krebs zu rechnen – 7 bis 15 Mal mehr als die Schätzung von 4.000 durch die IAEO**

Rebecca Harms erklärte bei der Vorstellung der TORCH-Studie: »Wir haben diesen Bericht als Gegen-Expertise zu den verharmlosenden Behauptungen in Auftrag gegeben, mit denen die Internationale Atomenergieorganisation IAEA im vergangenen Jahr sowohl die tödlichen Konsequenzen des Atomunfalls in Tschernobyl als auch die weit reichenden Auswirkungen auf Europa und die Welt herunterspielte. Die in den Medien oft zitierte IAEA-Schätzung von nur 4.000 zusätzlichen Krebsfällen als Folge von Tschernobyl löste heftige Prote-

ste von unabhängigen Experten und Umweltorganisationen aus. Diese Zahl ist nur eine von vielen Untertreibungen und Unrichtigkeiten, die TORCH nun korrigiert. Es darf kein Missverständnis über die katastrophalen Risiken geduldet werden, die noch immer mit der Atomkraft verbunden sind. Das schulden wir auch den Opfern Tschernobyls.«

Mit einer landesweiten Kampagne unter dem Motto »Tschernobyl ist nicht vergessen« unterstützt der Landesverband zahlreiche Aktivitäten grüner Kreis- und Ortsverbände in Niedersachsen. »Es ist wichtig, immer wieder an die Gefahren der Atomenergie zu erinnern und die Folgen für Menschen aufzuzeigen!« so die Landesvorsitzende Dr. Susanne Leifheit.

Anmerkung:

(1) TORCH und eine Zusammenfassung des Berichts finden Sie auf der Webseite der Grüne/EFA website: <http://www.greens-efa.org>. Der Bericht wurde von Rebecca Harms MdB, der Altner-Combecher Stiftung und der Hatzfeldt Stiftung finanziert.